Nr. 174 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Dienstag, den 17. Oktober 1933

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Abonnament: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Einem neuen Weltbrand entgegen?

Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten — Die deutsche Abrüstungsdelegation verlässt Genf — Der Reichstag aufgelöst — „Volksbefragung" am 12. November

Die aussenpolitischen Niederlagen der Hitlerregierung haben sie jetzt zu einem Verzweiflungsschritt bewogen, der zugleich das innerpolitische Versagen des Nationalsozialismus verschleiern soll. Die militärischen Aufmärsche in Deutschland haben eine Einheitsfront zwischen Amerika, Frankreich und England herbeigeführt, sodass Deutschland die Gleichberechtigung zur Aufrüstung versagt wurde. Um sich vor einer neuen Niederlage zu retten, hat Hitler kurz entschlossen den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund vollzogen und zugleich die deutsche Abrüstungsdelegation aus Genf abgerufen.

Das Vorgehen Deutschlands wirkt wie eine Bombe, da maa in den letzten Tagen, trotz aller Schwierigkeiten, auf eine Verständigung gerechnet hat. Hitler selbst will das Volk zur Entscheidung anrufen und hat sowohl die Landtage, als auch den Reichstag, aufgelöst. Zum Reichstag sollen Neuwahlen am 12. November stattfinden, wobei nur mit ja oder nein abgestimmt und nur eine Liste aufgestellt wird und zwar die der Nationalsozialisten. Da nun das ganze Deutschland gegen Versailles ist und seine Folgen sieht, so ist ein „überwältigender Sieg" Hitlers bei den Reichstagswahlen sicher, man erwartet dadurch die Hebung des deutschen Prestiges im Ausland. Dass eine solche Neuwahl keine Abstimmung über das Hitlersystem selbst ist, bedarf keinerlei Erwägungen. Es ist der letzte Zug Hitlers, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die das System auf der ganzen Front bedrohen.

In London hat man mit einem solchen Schritt gerechnet, während in Genf und Paris die Enttäuschung deutlich zum Ausdruck kommt. Amerika ist über das deutsche Vorgehen entsetzt, Italien behält seine Reserve, missbilligt das deutsche Vorgehen. Im allgemeinen wird das deutsche Vorgehen verurteilt, in Warschau spricht man von einem Fehdehandschuh, den Deutschland der Welt ins Gesicht geschleudert habe und die Folgen zu tragen haben wird.

Hitler, der diesen Austritt selbst vollzog, hat nachträglich die Zustimmung des Kabinetts erhalten und wendet sich in einer Rundfunkrede, wie auch in einem Aufruf, an sein Volk, um diesen Schritt zu begründen. Neuwahlen zu den Landtagen werden nicht mehr ausgeschrieben.

Wie aus Genf berichtet wird, wird die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten zu Ende führen, man rechnet mit dem Abschluss einer Konvention ohne Deutschland. Zugleich ist man in Genfer Kreisen der Ueberzeugung, dass sowohl der Viererpakt, als auch das Locarnoabkommen, durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund hinfällig sind, dass der Versailler Friedensvertrag in voller Geltung, gegenüber Deutschland, im Bedarfsfalle angewendet werden wird. Einstweilen warten die Mächte ab und erwägen Schritte, die verhindern sollen, dass Deutschland freie Hand für seine Aufrüstung erhält. Hitler selbst hat versichert, dass Deutschland alles tun werde, um den Frieden zu sichern. In politischen Kreisen Amerikas ist man der Meinung, dass Deutschlands Bruch mit Genf zu einem neuen Weltkrieg führen müsse.

Bankiers werden Arbeiter-Retter

Die Arbeitsfront unter Leitung von Bankiers

Auf Anordnung des Reichskanzlers hat die Deutsche Arbeitsfront, die Spitzenorganisation der gleichgeschalteten Gewerkschaften eine Reihe von Bankiers und Bankdirektoren in ihre Leitung aufgenommen. Der Verband des Bankgewerbes hat in die Leitung der Deutschen Arbeitsfront die Bankiers August von Finkh und Kurt von Schröder und die Bankdirektoren Dr. Otto Christian von Fischer, Dr. Häfner, Dr. Eduard Mosler, Reinhard und Dr. Karl Tewaag entsendet. In das Exekutivkomitee der Deutschen Arbeitsfront wurde Bankdirektor Reinhard delegiert.

Unter der Herrschaft der nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei" werden also die Gewerkschaften der deutschen Arbeiterpartei von Finanzmagnaten geleitet! Eine krassere Entlarvung der Naziheuchelei hat es wohl noch nie gegeben!

Illegale Arbeit der SPD.

Das sächsische Sondergericht verurteilte den sozialdemokratischen Arbeiter Herman Weck aus Werdau, wegen Vertriebes des „Neuen Vorwärts" und Einkassiereus von Mitgliedsbeiträgen, zu achtzehn Monaten Gefängnis. Im Verlauf der Verhandlung teilte der Staatsanwalt mit, dass die illegale Arbeit der Soziademokratie in Sachsen an Umfang zugenommen hat, die Polizei und die Sondergerichte darum auf die Tätigkeit sozialdemokratischer „Wühlarbeit" ihr besonderes Augenmerk richten müssten und der Angeklagte noch Glück habe, dass er nur auf Grund der alten Strafsätze verurteilt worden sei.

Demonstrationen gegen Hitler

Aus Berlin wird berichtet: An drei verschiedenen Stellen im Osten von Berlin demonstrierten in den letzten Tagen nachmittags Arbeiter unter Absingen der „Internationale" und Rufen gegen die Hitler-Regierung. Polizei und SA verhafteten dreissig Demonstranten. Gleich auf der Strasse wurden die Verhafteten derart misshandelt, dass fünf von ihnen sofort ins Krankenhaus gebracht werden mussten. Einer verstarb bald nach der Einlieferung.

Oesterreichs Sozialdemokratie zur Abwehr bereit

Generalstreik -- wenn?

Die Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie hat einen Beschluss gefasst, wonach in folgenden Fällen der Generalstreik gegen die faschistischen Bestrebungen Dollfuss proklamiert wird:

1. Auflösung der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs,
2. Auflösung der freien Gewerkschaften,
3. Einsetzung eines Regierungskommissars im Wiener Rathaus,
4. Verbot der „Arbeiterzeitung".

Inzwischen hat Dollfuss eine weitere Provokation der Arbeiterschaft vorgenommen. Er hat den Heimwehrführer Starhemberg, der sich bisher geweigert hat, in die Vaterländische Front einzutreten, als seinen Stellvertreter ernannt. Innerhalb der Heimwehren hat diese Ernennung grosses Aufsehen erregt, andererseits liegt die Befürchtung nahe, dass Dollfuss diese Massnahme vollzog, um Starhembergs Wünschen entgegen zu kommen, die in der Richtung der Auflösung der Sozialdemokratie und die Einsetzung eines Kommissars für Wien gehen. Nach allem zu schliessen, geht Oesterreich immer näher dem Bürgerkrieg zu, den Dollfuss als den einzigen Ausweg aus seiner ziellosen Politik sieht.

Rätsel um die Sejmsession

Man wird kaum darüber klagen können, dass das politische Leben in Polen eine wesentliche Unterbrechung seit Abschluss der Frühjahrssession erfahren hat. Nur vollzieht sich die polnische Staatspolitik unter ganz anderen Formen und unter Ausschaltung des Volkes, welches sich bei den letzten Wahlen eine Vertretung gab, welche mehr gehorcht, denn die politische Lage des Staates bestimmt. Und das ist im wesentlichen seit dem Maiumsturz von 1926 der Fall und dürfte nach menschlichem Ermessen auch noch Jahre hindurch andauern, wenn nicht äussere Ereignisse eine völlige Kurswendung erforderlich machen. Nun sollte man ehrlicherweise zugeben, dass die Stimmung im Volk und den breiten Massen ganz anders geartet ist, als es die Regierungspresse zum Ausdruck bringt. Die Opposition ist auf eine so schmale Basis der Wirksamkeit gestellt, dass das Echo ihrer Politik mehr im Gerichtssaal, denn auf der politischen Tribüne zum Ausdruck kommt, die ja ohnehin während mehr, als 8 Monaten, geschlossen ist. Der Regierungsblock selbst hat die Sommerferien wenigstens zur politischen Aktion benutzt, um über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Oeffentlichkeit einiges zu sagen, man brachte die ganze Regierung vors Forum der Oeffentlichkeit, um sie dann wissen zu lassen, dass das Kabinett alles getan habe, was zur Gesundung der Wirtschaft führt und was zur weiteren Besserung geschehen soll, das muss schon Aufgabe der Gesamtheit sein, sie müsse zusehen, wie sie vorwärts komme, da ja auch die Regierung bemüht sein werde, alles zu unternehmen, um des Bürgers Existenz zu überwachen. Und dass man ihn überwacht und dafür sorgt, dass der Wiederaufbau vorwärts geht, kam in der Anleihe zum Ausdruck, die, sagt man, was man wolle, einen Triumpf der Regierung bedeute.

Und noch eine zweite Sensation steht bevor. Die Frage der Verfassungsänderung, deren Geheimnis noch immer nicht gelüftet ist. Unter diesem Eindruck steht die beginnende Sejmsession, die in den letzten Oktobertagen zur Einberufung kommt. Erst wollten Kreise, die dem Regierungslager nahestehen, wissen, dass in der Praxis der Sejmberatungen diesmal eine Aenderung eintritt, die Szene soll gewechselt werden. Aber je näher man der Einberufung zueilt, wechselt auch das Bild. Sonst ist die Session bald nach der Einberufung auf weitere 30 Tage vertagt worden, diesmal sollte man sofort in Beratungen eintreten, Gegenstand dieser politischen Aktion sollte die Verfassungsänderung sein, die man unter allen Umständen noch zum Abschluss bringen wolle. Zwar fehlt der Regierung noch immer die erforderliche ⅔ Mehrheit, und es scheint, dass man in Regierungskreisen diese gute Sitte der qualifizierten Mehrheit unter allen Umständen wahren soll. Böse Zungen, die es an „Schmeicheleien" gegenüber der Regierung nicht fehlen lassen, wollen wissen, dass man auch hier bereits über den Berg hinaus ist. Das Brester Urteil war nur ein Vorbote, wie's gemacht werden soll. Eine Reihe der Oppositionsabgeordneten sollen durch Anklageerhebung beseitigt werden und der kommende Ersatz soll ohnehin schon für gewisse Pläne der Regierung gewonnen sein, wobei man auch auf Unterstützung von Kreisen rechnet, die nicht gewillt sind, im heutigen Kurs der Opposition zu segeln, die also die politische Flagge streichen, um, sagen wir einmal, im Lande Ruhe zu haben. Wie immer man für das kommende Mehrheitsexempel das Problem stellt, die mathematischen Ergebnisse bleiben auf alle Fälle hinter den Erwartungen zurück, wenn man nicht eine Korrektur der Sejmparteien vollzieht, die allerdings auch auf sensationelle Schlussforderungen zielen und nicht ohne Ende bleiben werden. Hier ist das Rätsel der kommenden Sejmsession, wie kriegt

die Regierung eine Mehrheit für die Verfassungsreform zustande und was wird, wenn das Experiment nicht gelingt?

Lassen wir einmal das Geheimnis über den Sinn der Verfassungsreform beiseite. Denn die Regierung braucht den Sejm auch zu diesem Zweck nicht, solange wir einen Verfassungsinterpreten a la Car haben, wird es auch nicht schwer sein, „legal" ohne qualifizierte Mehrheit die Verfassungsreform durchzubringen. Die Budgetberatungen dürften der Regierung kaum Sorgen bereiten, hier ist der Apparat des Regierungsblocks so eingeschmiert, dass er allein auch ohne besondere Kommissionsberatungen läuft und das beste an den Budgetberatungen sind die Ferien der Herren Abgeordneten, die zwischengelegt werden, um mit den erforderlichen Arbeiten nicht vorzeitig fertig zu werden. Ja, das sind so politische Sorgen, wenn eine Demokratie in der Verfassung zur Dekoration wird und ein Parlament zum Kopfnicken über längst beschlossene Aktionen der Regierung. Gewiss, man will auch von einer Reihe von sonstigen Projekten wissen, die dem Sejm vorgelegt werden, aber auch hier dürfte er sich nicht übermässig anstrengen, denn auch dafür ist gesorgt, dass die Projekte so angenommen werden, wie sie den Ministerrat verlassen. Gewiss, Ueberraschungen wird es bald bei der Eröffnung der Sejmsession geben, wenn die Opposition mit ihren Interpellationen auftritt, aber sie werden nach berühmten Muster erledigt, ohne ein Echo zu finden und die Rätsel um die politische Aktivität zu lösen.

Einheitsfront gegen den Faschismus!

Vor der Einigung der kommunistischen mit der sozialistischen Internationale

Bürgerlichen Blättermeldungen zufolge ist auf der letzten Konferenz der Gewerkschaftsinternationale die Möglichkeit eines Nichtangriffspaktes zwischen der kommunistischen und der sozialistischen Internationale erörtert worden. Der Kampf soll in erster Linie dem Faschismus gelten, darüber soll der gegenseitige Kampf zwischen Sozialisten und Kommunisten eingestellt werden. Eine Bestätigung dieser Meldung von sozialistischer Seite steht noch aus.

Die Stimme der Welt

MUSSOLINI KRITISIERT HITLER

In politischen Kreisen Italiens erregt ein Mussolini zugeschriebener Kommentar des „Popolo d'Italia" über die jüngsten Vorgänge in Deutschland Aufsehen, in dem es heisst:

„Es sei an der Zeit, zu erklären, dass es im Interesse des Dritten Reiches selbst an der Zeit ist, die Einheit der Richtlinien und des Kommandos wieder herzustellen und die Unterführer an der Peripherie zum Schweigen zu ermahnen", sonst werde eine „beklagenswerte Verwirrung" hervorgerufen. „Eines Tages fällt einigen Unterführern der preussischen Provinz ein, den Frauen das Rauchen und ebenso das Pudern, den Lippenstift und die sonstigen Malereien, die die Frauen seit der Zeit der Pharaonen lieben, zu verbieten. Jede Behörde erleidet an der Mode Schiffbruch. Wenn die Mode kurze Röcke vorschreibt, wird sie niemand, nicht einmal mit dem Schaffott, verlängern können oder, was schlimmer ist, man macht sich lächerlich, wovor sich die Revolutionen sorgfältig hüten müssen".

OESTERREICH IM MITTELPUNKT

Wir entnehmen der „Prawo Ludu":

„Wer einige von den letzten Rundfunkrelationen aus München, die Hetzreden des Herrn Habicht hörte, ist nicht im Zweifel darüber, wo der intellektuelle Urheber (am Anschlag auf Dollfuss) zu suchen ist. Und gerade deshalb hört der österreichisch-deutsche Streit auf, eine Sache dieser beiden Staaten zu sein und wird zu einem Problem, zu dem die übrigen europäischen Staaten ihr Wort sprechen müssen."

PARAGRAPH MIT RUECKWIRKENDER KRAFT

Dr. W. Stomps schreibt im „Utrechtsch Dagblad":

„Unter dem Druck der Verhältnisse ist am 28. Februar 1933 in Deutschland die Strafe für Hoch- und Landesverrat verschärft worden. Ausserdem wurde am 4. April 1933 ein Gesetz zur Abwehr von politischen Gewaltaten angekündigt. Was hier von diesem Gesetz wichtig ist, ist das folgende: Wer ein Gebäude, das öffentlichen Zwecken dient, in Brand steckt usw., kann mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden — oder mit 15 Jahren Zuchthaus, sofern bisher mildernde Strafen beantragt waren.

Das ist der berüchtigte Paragraph mit rückwirkender Kraft. Dieses neue Gestz steht, soviel ich weiss, einzig in der Geschichte des Strafrechtes da; denn es ist noch in allen Zeiten eines der Fundamente des Strafrechtes gewesen, dass keine Strafe verhängt werden durfte, ohne vorherige Straffestsetzung. Ich glaube wohl, dass die ganze Welt dieses Gesetz als strafrechtliches Monstrum bezeichnen würde, aber ich glaube nicht, dass in Deutschland in ruhigen Zeiten das elementare Rechtsgefühl so verloren gegangen wäre".

„VEREDELTE DEMOKRATIE"

In „De Standaart", dem Organ des holländischen Ministerpräsidenten Colijn lesen wir u. a.:

„In der Rede, die der deutsche Minister Dr. Goebbels in Genf vor den ausländischen Journalisten hielt, musste auch die Demokratie zur Sprache kommen, da er dort vor einem Kreise sprach, in dem man sich im grossen und ganzen zu einer demokratischen Staatsform bekannte. Unter Demokratie hat man dabei eine Regierungsform zu verstehen, die dem Volk auf die eine oder andere Weise Einfluss auf die Staatsverwaltung zuerkennt, was in diktatorisch regierten Ländern nicht der Fall ist.

Dr. Göbbels bemerkte hierzu, dass in Deutschland heute die wahre — oder, wie er es nannte, die „veraltete" — Demokratie zu Hause sei, weil das Volk die Regierung gleichsam mit der Regierung betraut habe.

So handelten schon am Ende des 18. Jahrhunderts Friedrich der Grosse und Joseph II. und im 19. Jahrhundert die beiden Napoleons. Sie rechtfertigten ihren Despotismus, indem sie sich auf den Volkswillen beriefen. Nicht anders handelt heute Dr. Goebbels mit seiner „veredelten" Demokratie. Es ist ein altes Lied; ein Wortspiel, weiter nichts."

Amerikas Arbeiter für den Boykott

Der amerikanische Gewerkschaftskongress hat auf seiner letzten Jahresversammlung in den letzten Tagen den Beschluss gefasst, alle deutschen Waren rücksichtslos zu boykottieren, **„bis die deutsche Regierung dem deutschen Arbeiter das Recht zuerkennt, sich nach eigenem Willen gewerkschaftlich zu organisieren und bis in Deutschland die Judenverfolgungen eingestellt werden."** Die amerikanischen Gewerkschaften umfassen, nach der neuen Statistik, etwa 6 Millionen Arbeiter.

Marxistenfurcht in Spanien

Zu den kommenden Corteswahlen am 19. November haben die spanischen bürgerlichen Parteien beschlossen, eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Die Sozialdemokratie hat es abgelehnt, irgend eine Bindung mit den Linksrepublikanern bei den Neuwahlen einzugehen. Der Wahlkampf wird seitens der Sozialdemokratie um die sozialistische Republik, gegen Klerus und Monarchisten, geführt.

Wieviel Prozent Nationalsozialisten

In einer in Erfurt veröffentlichten „Kundgebung" der Deutschen Arbeitsfront", unterzeichnet von Egon Mathiesen, Beauftragter der NSBO für den Deutschen Metallarbeiterverband und den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsverein, heisst es:

„Ich erwarte, dass jeder Arbeiter, der in den genannten Gewerkschaften organisiert ist, sich unbedingt an dem Aufmarsch beteiligt, andernfalls er gewärtig sein kann, aus dem Betriebe entfernt zu werden, weil er sich offen gegen die Massenkundgebung stellt."

Daraus kann man ersehen, dass bei den zahlreichen Massenumzügen und Demonstrationen in Deutschland 100 000 Marschierende noch durchaus nicht 100 000 Nationalsozialisten bedeuten. Aber dies gilt nicht nur für die Arbeiter. In der Nr. 13 der „Berliner Hochschulzeitung" schreibt der Fachschaftsleiter der Nationalsozialistischen Studentenschaft, Schumann:

„Von der zwangsmässigen politischen Erziehung wurden im vergangenen Semester 4000 Studenten im ersten bis dritten Semester erfasst. Leider ist festzustellen, dass ein grosser Teil derselben sich gegen unsere Weltanschauung ablehnend verhält. Sollten diese, trotz unserer eifrigen erzieherischen Tätigkeit, ihre Einstellung nicht bald ändern, so werden wir gezwungen sein, mit den schärfsten uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen sie vorzugehen."

Vor einem Jahre waren die jungen deutschen Akademiker der kräftigste Vorspann des Nationalsozialismus, sie mit am meisten haben ihn zur Macht im Deutschen Reich gebracht. Und heute — „a b l e h n e n d"! Jedenfalls scheint danach die immer wiederkehrende Behauptung, bei Neuwahlen würden nun 70 und mehr Prozent für Hitler stimmen, ganz und gar nicht mehr stichhältig.

Sabotage gegen Roosevelts Pläne

Zunehmende Arbeitslosigkeit. — Rückgang der Bestellungen und Umsätze.

Innerhalb der Regierungskreise wird die Frage der Sabotage durch die Grossindustrie gegen Roosevelts Wiederaufbaupläne eifrig diskutiert. Nach den vorliegenden Statistiken wird in der letzten Woche wieder ein Aufsteigen der Arbeitslosenziffern festgestellt. Ausserdem steigen die Lebensmittelpreise, die die Krise nur verschärfen, zumal, trotz der erhöhten Löhne, keine Steigerung des Warenumsatzes zu verzeichnen ist. Auch aus der Industrie werden Rückgänge von Bestellungen gemeldet, alles Anzeichen, dass die Grossindustrie versucht, die Pläne Roosevelts zu durchkreuzen.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

6

Aber unterdessen war die Phantasie des Dichters mit ihm durchgegangen. Er beging einen Fehler, der mich fünf Jahre Einzelhaft kostete u. in die Zelle der zum Tode Verurteilten brachte, wo ich dieses jetzt schreibe. Und die ganze Zeit ahnte ich nichts von alledem. Ich wusste nicht einmal etwas von dem grossen Fluchtversuch, in den er die vierzig Lebenslänglichen verwickelt hatte. Ich wusste nichts, nicht das Geringste. Und die übrigen wussten nur wenig. Die Lebenslänglichen ahnten nicht, dass er sie an der Nase geführt hatte. Der Inspektor wusste auch nicht, dass er selbst hinters Licht geführt worden war. Summerface war der Unschuldigste von allen. Er konnte höchstens Gewissensbisse haben, weil er den unschuldigen Tabak eingeschmuggelt hatte.

Und nun zurück zu dem dummen, blöden, melodramatischen Irrtum Winwoods. Als er sich am nächsten Morgen bei dem Inspektor meldete, strahlte er vor Triumph. Seine Phantasie ging völlig mit ihm durch.

„Nun, das Zeug kam ja richtig, wie du gesagt hast", meinte der Inspektor.

„Ja — und sogar genug, um das halbe Gefängnis in die Luft zu sprengen", warf Winwood ein.

„Genug wovon?" fragte der Inspektor.

„Dynamit u. Sprengpatronen", schwätzte der Esel weiter. „Fünfunddreissig Pfund im ganzen. Ihr Spitzel sah, wie Summerface es mir gab".

Der Inspektor hätte fast einen Herzschlag bekommen, was ich ihm nicht verdenken kann: fünfunddreissig Pfund Dynamit im Gefängnis! Man erzählt, dass Jamie, dies war der Spitzname des Inspektors, sich hinsetzte und den Kopf zwischen beide Hände nahm.

„Wo ist es denn jetzt?" schrie er. „Ich will es haben, zeig es mir gleich".

„Ich habe es versteckt", log Winwood. Er musste ja lügen, da die kleinen Päckchen Tabak längst auf den üblichen Wegen unter den Gefangenen verteilt waren.

„Nun, dann zeig mir die Stelle", sagte Jamie und nahm sich zusammen. „Aber gleich!"

Aber es gab ja kein Paket mit Sprengstoff, das er ihm hätte zeigen können, da es nie anderswo existiert hatte als in der Phantasie des elenden Winwood.

In einem grossen Gefängnis wie San Quentin gibt es immer Verstecke genug. Und während Winwood mit Jamie loszog, muss er wohl in aller Eile nachgedacht haben. Wie der Inspektor vor der Direktion bezeugte, und wie Winwood auch selbst erklärte, erzählte er auf dem Wege zum Versteck, dass er und ich das Dynamit zusammen versteckt hätten. Und dabei war ich eben erst fünf Tage in der Dunkelzelle und achtzig Stunden in der Zwangsjacke gewesen — was selbst der dümmste Wärter sehen konnte — und war zu schwach, um in der Webstube zu arbeiten. hatte ich doch erst an diesem Tage die entsetzliche Strafe überstanden und sollte mich erholen — und nun sollte ich es gewesen sein, der geholfen hatte, die gar nicht existierenden fünfunddreissig Pfund Sprengstoff zu verstecken.

Winwood führte Jamie zu dem angegebenen Versteck. Selbstverständlich war kein Dynamit da.

„Grosser Gott!" log Winwood. „Standing hat mich angeführt. Er hat es wieder herausgenommen und anderswo versteckt."

Der Inspektor begnügte sich sicher nicht damit zu sagen: „Grosser Gott!" Ganz kaltblütig nahm er Winwood mit in sein Privatbüro, verschloss die Tür und verprügelte ihn auf das schrecklichste — all das kam in der Direktionssitzung heraus. Aber das war erst später. In der Zwischenzeit — selbst als er geprügelt wurde — schwor Winwood darauf, dass das, was er erzählt hatte, wahr sei.

Was sollte Inspektor Jamie jetzt tun? Er war überzeugt, dass fünfunddreissig Pfund Dynamit im Gefängnis u. dass vierzig desperate Lebenslängliche zu Meuterei und Flucht bereit wären. Ja, er hörte Summerface, und obwohl dieser dabei blieb, dass das Paket nur Tabak enthalten hätte, schwor Winwood immer nur auf das Dynamit, und man glaubte ihm.

In diesem Stadium der Sache gerate ich hinein, oder vielmehr, ich nehme von ihr Abschied, denn sie schafften mich von Sonnenschein und Tageslicht in die Dunkelzelle, wo ich fünf Jahre faulte.

Ich verstand nichts von allem. Ich war gerade aus der Dunkelzelle gekommen und lag, steif vor Schmerz, in meiner gewöhnlichen Zelle, als sie mich wieder in die Finsternis brachten.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Konkurrenten!

Seit in der Vorkriegszeit, zu Beginn der neunzehner Jahre, Korfanty das oberschlesische Volk zum „nationalen Erwachen“ gebracht hat, fehlt es von Jahr zu Jahr nicht an Propheten, die das alte Spiel immer von neuem versuchen. Gleichgültig, wie der Erfolg auch sei, er wird immer und immer wieder versucht. Glücklich ist der Oberschlesier nicht geworden, aber ebensowenig ist ihm die Rettung zuteil geworden. In den letzten Monaten, da die Not immer ärger wird, melden sich die Retter um so eifriger. Da Politik den einzigen Ausweg bietet, noch etwas zu werden, fehlt es nicht an Versuchen, die Führung in die Hand zu nehmen. Und so sehen wir neben Nachamungen noch Bestrebungen, die sich ernsthaft einbilden, dass sie berufen seien, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Da kamen die polnischen Nationalsozialisten und waren der Meinung, dass man nur die Farbe der Uniform wechseln braucht, um Menschen für den Tag der Abrechnung zu finden. In Massenversammlungen pries man die Erlösung, die auf Vertreibung der Juden, Ausrottung der Deutschen und natürlich auch der Marxisten gerichtet war. Boshafte Zungen behaupten, dass der Blitz an einem intimen Geschirr geendet ist, als man die „Błyskawica“ einer „Fremdrassigen“ anempfahl, da sonst für das geistige Erzeugnis der Nationalsozialisten kein Absatz vorhanden war. Man bekämpft zwar die Juden, ist aber froh, wenn diese, um nicht belästigt zu werden, die einzigen Abnehmer des „Blitz“ sind. Bald ist es um sie still geworden, nachdem so etwas, wie ein Führerstreit, ausgebrochen ist. Nur Oberschlesier können die Oberschlesier retten und da ihrer zuviele sind, separieren sie sich nach Kustos Muster, um nach seiner Art auch das Zeitliche zu segnen, ohne ihr Werk der Befreiung vollführt zu haben.

Wo die Uniform ein Artikel der Befreiung wird, gibt es erfinderische Köpfe, die nicht schlafen können, ohne nicht eine neue Befreiungsaktion unternommen zu haben. Da in Lipine lebhaft beobachtet wurde, dass die roten Kirschhemden sich erfolgreich bewegen, hat dort ein politisch bankrotter Kopf eine neue Bewegung ins Leben gerufen, die „Radikale Befreiung zur Rettung des Vaterlandes“. Nach dem Muster der Kirschhemden schuf er seine Blauhemden, die nichts anderes, als endlich das letzte Programm stellen, die Rettung Oberschlesiens zu beenden. Und es ist wirklich radikal, nur von einer Konkurrenz ist es nicht frei, die Kommunisten kennen es noch besser. Aber unsere Blauhemden bemühen sich wenigstens, anständig zu sein. Auch sie haben nur ein Ziel, die Marxisten zu vernichten, die Deutschen nach der Hitlerei zu vertreiben und sich selbst lieb Kind bei der Sanacja zu machen. Und die Sanatoren freuen sich, dass man ihnen in Lipine die Versammlung auseinandertrieb oder „entlastete“, von einem Jünger, der nicht genug die Sanacja früher loben konnte. Und wie aus Verlegenheit helfen sich die Retter in diesem politischen Wirrwar, um nicht missliebig zu werden, zum Schluss damit, dass sie bei passender oder auch unpassender Gelegenheit ihre salbungsvollen Reden mit dem Hoch auf Piłsudski schliessen. Enttäuscht zieht der brave Bürger von dannen, aber besser ist ihm dabei nicht geworden. Es lebe die politische Konkurrenz, denn zum Verfall soll uns noch auf eine andere Art geholfen werden!

Die Anklage gegen Dziura erhoben

Polnische Blätter wollen wissen, dass die Anklageschrift gegen den Redakteur der „Volksgemeinschaft“ fertiggestellt ist. Dziura wird zur Last gelegt, die angeblichen Gewalttaten der Volksbundjugend verherrlicht zu haben und ausserdem die Gerichtsbehörden verächtlich zu machen, indem die Behauptung aufgestellt wurde, dass die verhafteten Deutschen zu Unrecht im Gefängnis sitzen. Ueber den Tag der Hauptverhandlung steht ein Termin noch nicht fest. Alle Deutschen werden es begrüssen, wenn gerade durch öffentliche Gerichtsverhandlungen gewisse Dinge festgestellt werden, die im Interesse des Deutschtums dringender Klärung bedürfen.

Die Einkommensteuer für das Jahr 1933

Die Steuerämter in ganz Polen sind gegenwärtig mit der Bemessung der Einkommensteuer für das Jahr vollauf beschäftigt. Die Schätzungskommissionen halten Konferenzen ab, in denen die, von den Aemtern gestellten, Anträge durchdiskutiert werden. Eine grosse Anzahl von Steuernzahlern hat bereits Aufforderungen erhalten, den Steuernämtern Aufklärungen über gewisse Zweifel zu geben, die sich bei der Durchsicht ihrer Einkommensbekenntnisse ergeben. Nach den geltenden Gesetzen darf nämlich die Steuerbehörde das Einkommen nicht in einer Weise besteuern, die im Widerspruch steht mit dem eingebrachten Bekenntnis, bevor der Steuerzahler nicht die aufgetauchten Zweifel aufgeklärt hat. Erst, wenn sich der Veranlagte nicht meldet, oder die vom Steueramt gewünschten Erklärungen verweigert, kann das Steueramt sein Einkommen höher einschätzen, als es von ihm selbst angegeben worden ist.

Die Auswirkung der Krise

Wenn die Arbeitereinkommen fallen. Die Rückwirkung auf die Steuer- u. Monopoleinnahmen

Das Konjunktur- und Preisforschungsinstitut hat letztens eine Studie über den Einfluss der Konjunkturschwankungen auf die Einnahmen des Staates aus Steuern und Monopolen angestellt und ist hierbei zu folgenden interessanten Schlussfolgerungen gelangt. Während der durch die Krise besingte Rückgang der industriellen Produktion schon zu Mitte 1929 in Erscheinung trat und seit Herbst dieses Jahres ein rapides Tempo annahm, sind die Auswirkungen der Konjunkturverschlechterung auf die Steuereingänge relativ spät festzustellen. Noch im ersten Quartal 1930 halten sich die Steuereingänge nur auf einigen Gebieten, nämlich in der Umsatzsteuer, in den Stempelgebühren u. in Zöllen, in der Einkommensteuer resultiert die Verzögerung der Krisenauswirkung und der Methode der Steuerveranlagung und -eintreibung, die noch auf den Eingangssummen des Vorjahres aufgebaut ist. In anderen Zweigen der Staatseinnahmen, in den Akzisen und Monopolen sind die Finanzeingänge von den Konsumschwankungen abhängig, also von einem Moment, das für Konjunkturforschungen weniger empfänglich ist. Der Versteuerung unterliegt in erster Linie der Konsum von Lebensmitteln, der Verbrauch von Salz, Zucker, alkoholischen Getränken (Spiritus, Bier und Wein), Tabak, ferner nur noch von Petroleum, Benzin und Oelen. Es sind dies bis auf Salz sehr elastische Zweige des Lebensmittelkonsums, im Vergleich jedoch mit anderen Bedürfnissen tritt die Verbrauchseinschränkung auf dem Gebiete der Lebensmittel mit einer gewissen Verspätung in Erscheinung.

Am frühesten, nämlich schon zu Mitte 1929, haben auf die Konsumverschlechterung die Zolleingänge reagiert. Im letzten Jahresviertel 1929 setzte ein regelmässiger Rückgang der Einnahmen aus Stempelgebühren und sodann der Umsatzsteuereingänge ein. Etwas später, zu Beginn 1930, ist ein empfindlicher Rückgang der Eingänge aus dem Spiritusmonopol festzustellen. Das Tabakmonopol, das schon im Jahre 1930 einen verringerten Ertrag aufwies, hat aber erst zu Ende dieses Jahres seine Einzahlung an den Staatsschatz reduziert. Zu Ende 1930 begann der Einfluss der Krise seine Auswirkungen auch auf die Einnahmen aus der Einkommensteuer zu äussern. Ausserordentlich spät trat der Einnahmerückgang in den direkten Steuern ein. Erst zu Beginn 1931 werden von der Konsumschrumpfung alle Einnahmequellen aus Steuern und Monopolen betroffen.

Der durch die Krise bedingte Rückgang der Einnahmen aus Steuern und Monopolen betrug, vergleicht man den Stand zu 1929 mit der Situation im ersten Halbjahr 1933, nach Eliminierung saisonmässiger Faktoren 40 Prozent. Es erklärt sich dies gleichfalls aus der Struktur der Steuereingänge, aus der Anpassung eines grossen Teils derselben an den Konsum, der für die Konjunkturschwankungen weniger empfänglich ist. Im einzelnen haben sich die Eingänge aus der Einkommensteuer um 32 Prozent verringert, wozu ausser der von der Steuerverwaltung betriebenen besseren Erfassung der Einnahmequellen der Umstand beigetragen hat, dass die während der Krise am stärksten zusammengeschrumpften Einkommengruppen zum grossen Teil überhaupt ausserhalb des Bereiches der Einkommensteuer verbleiben: nämlich das Einkommen der Industriearbeiter und der kleinen Landwirte. Die Verbrauchssteuern von anderen Artikeln als alkolischen Getränken sind in keinem Falle mehr als 20 Prozent gesunken.

Der Rückgang der Einnahmen aus Steuern und Monopolen ging im Jahre 1932 schon im langsameren Tempo vor sich und hat zu Ende 1932 und zu Beginn 1933 so gut wie aufgehört. Die Stabilisierung der Steuereingänge bewirkte eine Abschwächung der dauernden Krisenerscheinung, wie sie seit Beginn des Budgetjahres 1930-31 dauerte — nämlich des Ausfalls an Einnahmen verglichen mit dem Budgetpräliminar. Die für das Haushaltungsjahr 1933-34 präliminierten Einnahmen haben sich, soweit die Ergebnisse für das erste Viertel dieser Periode vorliegen, schon weniger vom Budgetsoll entfernt. Unter Ausschaltung sainsonmässiger Faktoren ergibt sich ein Unterschied von 27 Millionen Złoty. In den nächsten drei Jahresvierteln ist angesichts einer gewissen Stabilität in den Steuerneinkünften kaum mit einer Erhöhung dieser Differenz zu rechnen. Auf das ganze Jahr umgerechnet, dürfte der Einnahmeausfall etwas über 100 Mill. Złoty betragen.

Ob aber diese Prognose für die Zukunft richtig gestellt ist?

Erhöhte Kohlenausfuhr?

Der polnische Kohlenexport hat sich im August absolut gegenüber dem Vormonat um 58 000 auf 871 000 Tonnen erhöht. Angesichts der saisonmässigen üblichen Belebung des Kohlenmarktes im August, ist die Vermehrung der Ausfuhr nach dem Urteil der Interessenten unbefriedigend. Der Kohlenhandel stellt vor allem fest, dass an der Gesamteinfuhr von Brennstoffen in den skandinavischen Ländern, der polnische Anteil von neuem gefallen ist, und zwar zusammen von 39 Prozent im Juli, auf 30 Prozent im August. Das Industrieblatt, der „Kurjer Polski“, spricht die Hoffnung aus, dass damit wenigstens die äusserste Grenze des Rückganges der Kohlenausfuhr nach Nordeuropa erreicht sei, und dass es den Handelsvertragsverhandlungen der Regierung vielleicht gelingen werde, mit dem einen oder anderen Land noch eine kleine Verbesserung des bisherigen Kohlenbezugs zu erreichen. Man weiss aber sowohl in den beteiligten Wirtschaftskreisen als auch bei den Regierungsstellen, dass diese Aufgabe überaus schwer lösbar sein wird, da die skandinavischen Länder gegenüber England als Bedingung für die weitere Abnahme ihrer Agrarprodukte, gerade in der Kohlenfrage sehr weitgehende Bindungen eingegangen sind.

Defizit der polnischen Staatsbahnen

Nach vorläufigen Meldungen des Verkehrsministeriums haben die Ausgaben der Staastsbahnen in den ersten fünf Monaten des Etatsjahres insgesamt 378.676.000 Złoty betragen, davon entfielen auf Betriebsausgaben 339.089.0000 Złoty, auf Schulden und Garantien 7.352.000 Złoty, auf Investitionen 28.736.000 Złoty und auf Ausgaben für die Luftpost 2.988.000 Złoty. In dieser Zeit flossen in die Kassen der Staatsbahnen 334.286.000, von schmalspurigen Bahnen 2.416.000, von der Luftpost 10.000 und aus verschiedenen anderen Quellen gegen 370.000 Złoty. Danach haben die Staatsbahnen für die ersten fünf Monate des laufenden Etatsjahres einen Fehlbetrag von 40.994.000 Zł. zu verzeichnen.

Gemeindevertretersitzung in Eichenau

Am vergangenen Freitag fand eine Gemeindevertretersitzung statt, an der auch die schon längst fällige Schöffenwahl vorgenommen wurde. Gemeindevorsteher Hauke eröffnete die Sitzung und gab die Tagesordnung bekannt. Für den verstorbenen Gemeindevertreter Sodziwiczny wurde der Invalide Scholtysek von der NPR. als Gemeindevertreter eingeführt. Als Bezirksvorsteher für den ersten Bezirk wurde Apotheker Polatzek und als dessen Stellvertreter Hüttenaufseher Greicarek gewählt. Der Kommunalzuschlag von Patenten, zum Verkauf von alkoholischen Getränken, wurde auf 100 Prozent festgesetzt. Der Tarifsatz für Marktstände wurde, wie folgt, festgesetzt: Fleischer, Bäcker und Gegräupehändler 20 Groschen für den Quadratmeter, Heringshändler 10 Groschen für ein Fass, Eier- und Pilzhändler 10 Groschen für jeden Korb. Nun kam der Hauptpunkt „Schöffenwahl“ an die Reihe. Die Schöffen Nowak und Strużek wurden in die Wahlkommission vom Gemeindevorsteher bestimmt. Bei den polnischen Gemeindevertretern konnte man eine ironische Freude feststellen, da bis zur Wahl nur drei deutsche Vertreter anwesend waren. Die anderen glänzten mit Abwesenheit. Auf den letzten Drücker stellte sich noch Herr Franz ein (nach welchem der „gleichgeschaltete“ Herr Gemeindevertreter Szydło eine verwegene Jagd „sich“ unternahm), sodass seine Stimme ausreichte, der deutschen Fraktion einen Schöffen zu sichern. In die Revisionskommission wurden folgende Herren gewählt: Broda Fr., Hertling und Brzoskowski. Da unter Anträge nur zwei, mit flüssigem Geist durchleuchtete Gemeindevertreter ihre Fähigkeiten beweisen wollten, schloss Gemeindevorsteher Hauke die Sitzung, da die anderen Gemeindevertreter solche Schlauheiten nicht anhören wollten.

Sicherung des Arbeitsplatzes für Eingerückte

Nach Inkrafttreten eines neuen Arbeitsgesetzes werden alle, zum Militär, Einberufenen, nach ihrer Entlassung, wiederum in ihre früheren Arbeitsstätten aufgenommen werden müssen. Bisher galt das Arbeitsverhältnis beim Eintritt in die Militärdienstzeit als gelöst, sodass der Arbeitgeber nicht verpflichtet war, die vom Militärdienst Zurückkehrenden wieder in seinem Betrieb zu beschäftigen.

Aus Gross-Kattowitz

Unterstützungsauszahlungen an erwerbslose Kopfarbeiter. — Schmuggelgut im 3. Quartal
Wie gross ist Kattowitz

Gross-Kattowitz umfasst rund 4.523 Hektar. Davon sind 494 Hektar bebaute Flächen. In 3.509 Wohnhäuser wohnen 125.525 Personen in 71.197 Wohnräumen. Die städtischen Verwaltungsgebäude umfassen 3.321.850 Quadratmeter und zwar entfallen 161.602 Quadratmeter auf städtische Betriebe, 131.855 Quadratmeter auf Schulgebäude und 15.602 Quadratmeter auf Verwaltungsgelände. Ausserdem besitzt die Stadt noch ausserhalb der Stadtgrenzen 2 621 805 Quadratmeter unbebaute Grundstücke. Die Strassen und Plätze umfassen rund 98 Hektar, die Grünanlagen und öffentlichen Plätze 75 Hektar, die Friedhöfe 25 Hektar. Die Länge der im Stadigebiet gelegenen Strassen und Wege beträgt 112,8 Kilometer. Sämtliche Strassen und Wege werden von 736 elektrischen- und 329 Gaslampen beleuchtet. Die Strassen sind mit zusammen 1.273 Bäumen, die Schulhöfe mit 369 Bäumen und die Grünanlagen mit 4.729 Bäumen bepflanzt.

Nach einer Mitteilung des Arbeitsvermittelungsamtes findet die nächste Auszah-

lung der Monatsunterstützung an die erwerbslosen Kopfarbeiter am Donnerstag, den 26. Oktober statt. Es handelt sich hierbei um Personen, die in Gross-Kattowitz wohnhaft und beim genannten Amt vorschriftsmässig als Arbeitslose registriert sind. Die Auszahlung erfolgt im Rathaus Bogutschütz, und zwar in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags. Mitzubringen sind ausser der Arbeitslosenkarte, der Personalausweise, das Führungszeugnis und die Bescheinigung über die polnische Staatszugehörigkeit (Militärbuch, bezw. Verkehrskarte).

Im III. Quartal wurden durch die schlesische Zollinspektion, Kattowitz 2.812 Personen wegen Schmuggel und weitere 461 Personen wegen unlegalem Grenzübertritt arretiert und nach erfolgter Feststellung der Personalien zum weitausgrössten Teil wieder auf freien Fuss gesetzt. In 343 Fällen konnte die Schmuggelware konfisziert werden. Der Gesamtwert des beschlagnahmten Schmuggelguts wird auf rund 227.000 Złoty beziffert.

Myslowitz. (Verhaftung des ehemaligen Direktors der Targowica. Der frühere Direktor der Myslowitzer Targowica, Siegmund Piotrowski, ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wegen betrügerischen Manipulationen in Haft genommen worden. P. war früherer auch einflussreiches Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und gehörte der PPS. an, aus der er ausgeschlossen wurde.

Königshütte und Umgebung

Aus dem Parteileben

Fast schien es, dass unter dem Eindruck des Regenwetters, die Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt nur ungenügenden Zuspruch aufweisen werden. Aber zur gegebenen Zeit füllte sich der Raum, sodass Gen. Mazurek die Sitzung eröffnen und die Anwesenden begrüssen konnte. Nach Verlesung des Protokolls ergriff Genosse Sejmabgeordneter Kowoll das Wort, um über das Thema „Was wird in Deutschland“ zu referieren. Nicht nur die Auslandsdeutschen sind am Schicksal der Vorgänge in Deutschland auf das lebhafteste interessiert, sondern die ganze Welt blickt mit Sorgen, wohin das Chaos der deutschen Politik treibt. Es gibt auch bei uns Kreise, die in der deutschen Entwicklung einen ungeheuren Aufschwung der Nation sehen, wenn es auch in Wirklichkeit nicht anderes, als ein ratloses Treiben zum neuen Krieg ist. Diese Tatsache ist es, die heute die Abrüstungskonferenz schwierig gestaltet und die Welt in ein Spiel treiben will, welches den Untergang des Reichs bedeutet. An innerpolitischen Vorgängen und insbesondere dem Reichstagsbrand, weist Redner nach, wie sehr Deutschland in der Welt gesunken ist. Der Deutsche Faschismus kann sich mit Gewalt und Terror, aber unter Niederlage auf Niederlage aussenpolitischer Natur recht lange halten, wie seine Ueberwindung möglich ist, das kann mit Sicherheit nicht gesagt werden. Möglich unter aussenpolitischem Druck, dann ist dies der Untergang Europas oder durch revolutionäre Gärungen der verführten Hitlermassen, und dann ist es ein viel gewaltigerer Zusammenbruch, wie wir ihn 1918 gesehen haben. Der Marxismus ist nicht tot, nur seine Kampfmethoden haben gewechselt, nicht er wird die Revolution bringen, sondern sie durch die Hitleranhänger vorbereiten, bis aus dem Chaos ein sozialistisches Deutschland wird. Ueber das sozialistische Werden trotz aller Grossprechigkeit des Bügertums gibt Redner ein ausführliches Bild und fordert zum Kampf auf, damit sozialistische Sehnsucht, Wirklichkeit werde. Gen. Mazurek gab darauf einen kritischen Bericht über die Kommunalarbeiten der Fraktion. Da Diskussion nicht gewünscht wurde, ist die Sitzung, nach einer Ersatzwahl des Kassierers, mit Freiheitsgrüssen nach mehrstündiger Dauer geschlossen worden.

Schwere Gefängnisstrafen für Kommunisten

Vor der erweiterten Strafkammer in Königshütte fanden unter dem Vorsitz des Landrichters Dr. Stawarski und Staatsanwalt Dr. Malczyk als öffentliche Ankläger, zwei Kommunistenprozesse statt, die den Angeklagten hohe Gefängnisstrafen einbrachten. Zunächst wurde gegen den Josef Skupin und Edward Pakuza aus Hohenlinde verhandelt. Ersterem wurde zur Last gelegt, dass er in Hohenlinde der Führer der kommunistischen Partei gewesen ist. Auf den Feldern in der Umgebung von Hohenlinde wurden Versammlungen abgehalten, in denen Skupin als Redner auftrat. Ferner versuchte er während einer Arbeitslosenversammlung eine Demonstration zu veranstalten und betätigte sich auch noch in anderer Weise für die kommunistische Idee. Seinem Mitangeklagten wurde zur Last gelegt, kommunistische Marken verkauft und seine Wohnung für Sitzungen zur Verfügung gestellt zu haben. Die Aussagen der Zeugen belasteten jedoch nur Sk. stark, während gegen P. nichts Belastendes ausgesagt werden konnte. Nach der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht Sk. zu drei Jahren Gefängnis und Absprechung der Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Pakuza wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Anschliessend wurde gegen den Johann Pasdzierski aus Siemianowitz, Florian Swierczyna aus Königshütte und Johann Ogiermann aus Lipine verhandelt. Ihnen wurde zur Last gelegt, als Funktionäre der kommunistischen Partei zwischen den einzelnen Ortsgruppen den Kontakt gehalten zu haben. Ausserdem habe sich P. zu einem kommunistischen Kongress nach Moskau begeben und die dort erhaltenen Richtlinien nach der Rückkehr in Oberschlesien angewendet. Die drei Angeklagten bekannten sich nicht zur Schuld. Die Zeugenaussagen erbrachten aber ihre Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei. Nach kurzer Beratung wurden die drei Angeklagten zu je 18 Monaten Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

Siemianowitz und Umgebung

Die Stromversorgung der Stadt Siemianowitz. Im Juni nächsten Jahres läuft der Vertrag über Strompreis und Lieferung mit der elektrischen Centrale Ficinus ab. Ueber den hohen Strompreis, welcher in keinem Verhältnis zur heutigen Wirtschaftslage steht, wurde von Seiten der Stadtvertretung und namentlich der Privatbevölkerung schon wiederholt, jedoch mit wenig Erfolg angekämpft, da die elektrische Centrale Ficinus sozusagen eine Monopolstellung in Siemianowitz inne hat und nur die Kirche hat sich hierbei einen annehmbaren Preis gesichert. Es wird nun an der Kommission, welche zur Ausarbeitung des neuen Vertrages aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten gebildet wurde, liegen die Bedingungen so zu stellen, dass auch der Durchschnittsbürger und der Arbeitslose wieder zur elektrischen Beleuchtung zurückkehren können, denn heute sieht man allenthalben bei der minderbemittelten Bevölkerung Karbid- oder Petroleumbeleuchtung.

Das neue Wasserzinsprojekt angenommen. Nach nunmehr fast einjährigem herumdoktern ist nun endlich in der letzten Stadtverordnetenversammlung die neue Wasserzinstabelle angenommen worden. Dieses Projekt wurde seinerzeit von der sozialistischen Fraktion eingebracht und wurde von den bürgerlichen Fraktionen stark bekämpft. Es ist ihnen auch gelungen, verschiedenes zu ihren Gunsten zu ändern. Im Prinzip bietet aber die neue Tabelle den Mietern doch verschiedene Vorteile.

Der Wasserverbrauch wird nach Punkten berechnet und zwar zählt jede Küche und Stube je Person 1. Punkt. Jedes Zimmer über 5 zwei Punkte. Badezimmer 2 Punkte. Gärten werden in der Zeit vom 1. 3. bis 30. 9. mit 1. Punkt pro 10 Quadratmeter, Läden mit 1. Punkt bis 30 Quadratmeter und jede 20Quadratmeter 1 weiterer Punkt berechnet.

Ziege, Hund. Schwein je 1 Punkt, Kuh oder Pferd 3 Punkte, Wagen aller Art 2 Punkte, Personenautos 5 Punkte, Lastwagen u. Motorräder 3 Punkte. Fleischereien, Bäckereien, Gastwirtschaften etc. müssen gesondert berechnet werden.

Das wichtigste bei dem Projekt ist, dass die Mieter durch eine Vertrauensmänner - Kommission selbst die Wasserberechnung und Verteilung in die Hände nehmen und also Uebervorteilungen für die Zukunft nicht zu erwarten sind. Reparaturen der Wasserleitung und Hähne sind auf Kosten der Wirte auszuführen, welchem dafür ein Aufschlag von 15 Prozent auf die Wasserrechnung zusteht.

Von den Kriegsverletzten. Die Ortsgruppe Siemianowice des alten Wirtschaftsverbandes der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen hat in der letzten Zeit einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Es hat sich auch hier unter den Kriegsopfern herumgesprochen, dass sie bei dem deutschen alten Verbande am besten und am sichersten aufgehoben sind. Die Gruppe wird durch den Kriegsverletzten, Schuhmachermeister August Czingon in Siemianowice, Staszyca Nr. 3 in alter Kameradschaft bestens betreut. An ihn haben sich die Kriegsopfer mit ihren Anliegen zu wenden.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Königshütte. (Bund für Arbeiterbildung). Die Ortsgruppe Król. Huta beginnt mit ihrer Winterarbeit am Mittwoch, den 18. Oktober im Volkshaus ul. 3-go Maja 6, Bufettzimmer mit einem Vortrag des Genossen Sejmabbg. J. Kowoll über das Thema: „Klassenkampf und Arbeiterbildung“. Anfang 7 Uhr nachm. Wir machen darauf aufmerksam, dass jeder Hörer im Besitze eines Mitgliedsausweises des Bundes für Arbeiterbildung sein muss.

Bielitz, Biala und Umgebung

Zum Kommunistenprozess in Teschen

Im April d. J. wurden mehrere jugendliche Personena us Bielitz - Biala verhaftet, welche kommunistischer Propaganda beschuldigt wurden. Am Dienstag, den 10. d. Mts. fand beim Teschener Schwurgericht der Prozess gegen die 12 Angeklagten statt. Der Kommunistenprozess dauerte bis Mittwoch Mitternacht. Das Schwurgericht fällte folgendes Urteil: Die Hauptangeklagte Erna Edelmann aus Bielitz erhielt ein Jahr Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Elsa Matzner aus Bielitz wurde zu 1 Jahr Besserungsanstalt verurteilt, für Rudolf Szweda aus Czechowitz lautete das Urteil auf 1½ Jahr Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 4 Jahre. Die übrigen Mitangeklagten Anton Langer. Salomon Guttmann aus Biala, Josef Imielki aus Kamitz, Andreas Skutschik, Franz Slonina und Josef Kukla aus Ellgot, Anna Glücksmann, Ernst Better und Israel Meisner aus Bielitz wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Angeklagten wurden durch die Rechtsanwälte Dr. Sandhaus und Dr. Eibenschütz aus Teschen und dr. Alexandrowicz aus Krakau vertreten.

Die Angeklagten Edelmann, Matzner, Glücksmann, Szweda, Imielski und Slonina befanden sich seit April d. Js. in Untersuchungshaft. Die Freigesprochenen wurden sofort auf freien Fuss gesetzt.

Der Urząd Skarbowy Akcyz i Monopolów in Teschen als Gesundheitswächter

Das genannte Amt ist aufeinmal um die Gesundheit der Bevölkerung sehr besorgt. In Plakaten werden die Bewohner vor dem Genuss von Zacharinzucker gewarnt. Die Sorge um die Gesundheit geht schon soweit, dass Belohnungen von 25 Zł. angeboten werden, wenn ein Verkäufer von Zacharinzucker erwischt wird. Bringt jemand einen Geschäftsmann zur Anzeige, der Zacharinzucker als Ware in seinem Geschäft führt, der erhält dafür sogar 75 Zł.

Diese Gesundheitsführsorge ist ja sehr rührend und auch lobenswert, aber sie scheint nicht sehr echt zu sein. Wenn die Behörden nicht dulden wollen, dass die Bevölkerung den minderwertigen und schädlichen Zacharinzucker konsumiert, so gibt es doch ein sehr einfaches Mittel dagegen. Die Behörden mögen doch ihren ganzen Einfluss dahin geltend machen, dass der bei uns erzeugte Rübenzukker billiger wird. Wozu beträgt der Preis des Zukkers 1,40 bis 1,60 Zł. per Kilo, wenn der Erzeugungspreis inklusive Steuern nur auf 50 Gorschen per Kilo zu stehen kommt! Das Empörendste an der Sache ist aber, dass unser Zucker im Auslande 11 Groschen per Kilo kostet, sodass derselbe als billiges Schweinefutter Verwendung findet, während bei uns die Arbeitslosen bitteren Kaffee trinken müssen, weil sie den teuren Zucker nicht kaufen können. Wenn nun hie und da eine arme Frau zu dem billigerem Zacharinzucker greift, um eine Versüssung des braunen Wassers (Kaffee genannt) vorzutäuschen, da wird der ganze Beamtenaparat in Bewegung gesetzt, um nach den Verbrechern zu fahnden, die den reichen Zuckerbaronen Konkurenz machen.

Die armen Zuckeraktionäre und die Direktoren der Zuckerfabriken dürfen doch an ihren Riesengehältern und enormen Einkommen nicht gekürzt werden. Den Landwirten wird für die Zuckerrüben ebenfalls nur ein Pappenstiel gezahlt, dafür fressen die Drohnen in Gestalt der Zuckerbarone den ganzen Honig allein, den ihnen die Zuckerkonsumenten einbringen müssen!

Hier sollte die Behörde ganz energisch zugreifen und Ordnung machen. Wenn keine Wucherpreise für den Zucker verlangt werden, wird es auch nicht notwendig sein, auf die Zacharinzuckerverkäufer Jagd zu machen.

Deutsches Theater Bielsko
Ist Geraldine ein Engel?

Die bejahende Antwort auf diese Frage gibt Jaray in seinem nett gezimmerten Lustspiel. Geraldine ahnt, dass ihr Mann ab und zu das begehrt, was man turnerisch einen Seitensprung nennt, ohne indes volle Gewissheit zu haben. Als sie jedoch den untrüglichen Beweis seiner Untreue in Händen hat, sucht sie gleiches mit gleichen zu vergelten und lässt sich bei ihrem allerdings nur inszenierten Ehebruch von ihrem Manne überraschen. Die Erkenntnis ihrer Untreue wirft diesen natürlich völlig um. Er bequemt sich erst dann grossmütig zu verzeihen — er ist ja ein modern denkender Ehegatte — als er heimlich erfährt, dass seine Frau ein seltener Engel ist.

Diese vom Direktor Ziegler sauber u. diskret inszenierte heitere Angelegenheit, fällt im 3. Akte etwas ab, was nicht allein auf das Konto des Autors zu buchen ist. Die „Geraldine“ des Frl. Weber ist eine wahrhaft moderne Frau, bei der geistige Ueberlegenheit u. weiblicher Liebreiz harmonisch zusammenwirken. Ihr Ehepartner fand durch Herrn Banner einen eleganten, sicheren Vertreter. Das unvermeidliche zweite Ehepaar wird durch das sympathische Frl. Seifert u. Herrn Brück dargestellt, der mit gewinnendem Lustspielton für gute Heiterkeit sorgt. Frl. Ploy hat sich als „Jenny“ bestens eingeführt, ebenso Herr Habel in der Rolle des lebenslustigen Klaviervirtuosen „Padwicki“. Frl. Landy als Stubenmädchen charmant.

Die Aufführung löste viel Heiterkeit u. reichen Beifall aus. —ll—

Liedertafel in Lohnitz

Der A. G. V. „Widerhall“ veranstaltet am Samstag, den 21. Oktober d. J. eine Herbst-Liedertafel, bei welcher Gem. Chöre und heitere Vorträge zur Aufführung gelangen. Unter anderem singen sie auch den Walzer von Joh. Strauss: „Walzer aus dem Süden“. Alle Genossen, Freunde und Gönner obigen Vereines sind hiezu freundlichst eingeladen. Eintritt: 99 gr. Beginn um 8 Uhr abends. Anschliessend: Tanz.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11.
Druck: „Drukarnia Ludowa“, Spółdz. z odp. udz., Katowice